



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee – Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Compliance-Prüfung zum von der Weimer-Group veranstalteten Ludwig-Erhard-Gipfel aus Gründen der Transparenz vollständig im Internet zu veröffentlichen,
- sämtliche Zahlungen, auch nachgeordneter Behörden oder Beteiligungen, im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel umgehend einzustellen.

Begründung:

Der vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Wolfram Weimer und seiner Frau gegründete Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee steht in der Kritik. Hintergrund sind Berichte, wonach die Weimer-Media-Group auf dem alljährlichen Gipfel am Tegernsee Unternehmen gegen Geld exklusiven Zugang zu Ministerinnen und Ministern bieten und dabei explizit mit „Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger“ werben soll. Wolfram Weimer hatte das Treffen am Tegernsee gemeinsam mit seiner Frau gegründet, war aus der operativen Führung nach dem Wechsel ins Kabinett aber ausgeschieden. Nur seine Anteile an der Weimer Group behielt er zunächst. Auf öffentlichen Druck, dem er sich nach Medienberichten im Spätherbst ausgesetzt sah, übertrug er seine Anteile schließlich an einen Treuhänder.

Die Staatsregierung kündigte Ende 2025 eine interne Compliance-Prüfung an, die nach Angaben der Staatskanzlei im Januar 2026 abgeschlossen war. Ministerpräsident Dr. Söder sagte seine Teilnahme und die Übernahme der Schirmherrschaft sowie den jährlichen Staatsempfang ab. Alleine der Staatsempfang kostete 40.000 Euro. In den Jahren 2022 bis 2025 gab das Staatsministerium für Digitales für die Zusammenarbeit mit dem Gipfel zudem insgesamt 69.000 Euro aus. Darüber hinaus förderte laut Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie „Bayern Innovativ“, eine Tochter der staatlichen Förderbank LfA, den Gipfel von 2022 bis 2025 mit insgesamt 455.000 Euro. Für 2026 und die Folgejahre habe Bayern Innovativ ein Leistungspaket mit jährlichem Volumen von 92.000 Euro gebucht.

Auf eine Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion teilte die Staatsregierung mit, dass der Veranstalter einer Weitergabe der im Rahmen dieser Prüfung übermittelten Informationen widersprochen habe. Dies kann keine Rechtfertigung dafür sein, die Prüfung geheim zu halten. Das Interesse der Öffentlichkeit und des Parlaments überwiegt dem Geheimhaltungsinteresse des Veranstalters, da er über Jahre mit öffentlichen Geldern

gefördert wurde und ein überragendes Interesse an Aufklärung besteht. Im Sinne vollständiger Transparenz ist die Compliance-Prüfung daher umgehend zu veröffentlichen. Ebenso klar ist, dass bereits der Anschein, der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern sei käuflich, unbedingt zu vermeiden ist. Zudem benötigt eine kommerzielle Veranstaltung wie der Ludwig-Erhard-Gipfel in Zeiten knapper Kassen keine öffentliche Finanzierung. Sämtliche Zahlungen seitens der Staatsregierung oder nachgeordneter Behörden bzw. Beteiligungen sind daher umgehend einzustellen.